



INHALT

Aktuelles	1
Wirtschaft/Finanzen	2
Erweiterung	2
Beschäftigung	2/3
Soziales/Chancengleichheit	3/4
Gesundheit	4/5
Umwelt/Naturschutz	5/6
Landwirtschaft/L. Raum	6
Verbraucherschutz	6/7
Kultur	7
Medien/Info'gesellschaft	7
Forschung/Wiss'schaft	7/8
Justiz/Inneres	8
Rechtsprechung	8
Konsultationen	8/9
Projektpartnersuche	9
Ausschreibungen	9
Vermischtes	9
Impressum	10

Europäischer Gipfel: „Fiskalunion“ schaffen

(CH) Die Staats- und Regierungschefs der EU haben in der Nacht vom 8. auf den 9. Dezember 2011 nach langwierigen Verhandlungen beschlossen, einen neuen „fiskalischen Pakt“ zu schließen. Mit diesem Pakt sollen sich die Mitgliedstaaten u. a. verpflichten, ausgeglichene staatliche Haushalte vorzulegen, eine Schuldenbremse in den nationalen Verfassungen zu verankern und bereit sein, bei Verstößen gegen die Haushaltsdisziplin (Überschreiten der 3%-Defizitgrenze) automatische Sanktionen zu akzeptieren. Sanktionen sollen zukünftig nur bei einem deutlich erhöhten Stimmquorum im Rat („umgekehrte qualifizierte Mehrheit“) verhindert werden können. Da dieser Pakt – vor allem wegen des britischen Widerstands – nicht im Kreis der 27 EU-Mitgliedstaaten und damit im regulären Vertragsänderungsverfahren (Art. 46 EUV) verhandelt werden kann, soll er im Rahmen eines völkerrechtlichen Vertrags abgeschlossen werden. Dies wirft zahlreiche rechtliche Fragen auf, etwa die der Rolle der Europäischen Kommission oder des Europäischen Gerichtshofs. Bis spätestens März 2012 soll das Abkommen unterschriftsreif sein. Sehr viel Zeit bleibt also nicht, die schwierigen Details zu verhandeln. Widerstand regt sich u. a. im Europäischen Parlament, das bei dieser Form der Vertragsänderung im Gegensatz zum regulären EU-Verfahren über keine Mitspracherechte verfügt. Daneben hat der Europäische Gipfel eine Reihe von Sofortmaßnahmen zur Beruhigung der Märkte beschlossen. U. a. soll die Einrichtung des Europäischen Stabilisierungsfonds auf Juli 2012 vorgezogen werden, dessen Darlehenskapazität von 500 Mrd. Euro garantiert werden und die Abstimmungsregeln in dringenden Fällen nicht mehr im Einvernehmen, sondern mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden.

Verhaltenskodex für Abgeordnete

(MH) Das Europäische Parlament hat am 1. Dezember 2011 einen neuen [Verhaltenskodex](#) für Abgeordnete verabschiedet. Dieser legt Grundsätze fest, an die sich Parlamentarier im Umgang mit Externen zu halten haben, um Interessenkonflikte zu vermeiden. Das Leitprinzip des Kodex ist Transparenz. Abgeordnete werden künftig ihre bezahlten Tätigkeiten und deren Vergütung außerhalb des Parlaments sowie andere Funktionen, die einen Interessenskonflikt darstellen könnten, in eindeutigen Erklärungen offenlegen müssen. Der Kodex beinhaltet zudem ein Verbot, Bezahlung oder Gegenleistungen für die Einflussnahme auf parlamentarische Entscheidungen anzunehmen. Zudem gibt es klare Vorschriften für die Annahme von Geschenken und für ehemalige Abgeordnete, die als Lobbyisten arbeiten.



Vorweihnachtliches Konzert in Brüssel

(YM) Am 7. Dezember 2011 eröffnete Europaministerin Marion Walsmann im Königlichen Musikkonservatorium das vom Musikgymnasium Schloss Belvedere veranstaltete vorweihnachtliche [Konzert](#) (Foto). Das Belvederer Blechbläserseptett und das Orchester des Musikgymnasiums spielten unter der Leitung von Dirigent Joan Pàges Valls vor vollem Haus.

Am staatlichen Spezialgymnasium Schloss Belvedere leben und lernen ca. 120 musikalisch besonders begabte Schülerinnen und Schüler ab Klasse 5, die nach bestandener Eignungsprüfung eine umfassende musikalische Förderung durch die Hochschule für Musik FRANZ LISZT Weimar erfahren. Bei hohem musikalischem Leistungsanspruch führt das Gymnasium bis zur Allgemeinen Hochschulreife.

Wirtschaft und Finanzen

Stresstest für Banken



(BJ) Nach Auffassung der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) haben die Helaba und fünf weitere deutsche Banken den [Stresstest](#) nicht bestanden. Der Helaba fehlen demnach 1,497 Mrd. Euro.

Kommissionsvorschlag zum Mehrwertsteuersystem

(BJ) Die [EU-Kommission](#) schlägt vor, die zahlreichen in den Mitgliedstaaten geltenden verringerten Steuersätze in der Mehrwertsteuer (in Deutschland 7%) zu streichen. Dazu hat sie am 6. Dezember 2011 eine Mitteilung vorgelegt. Ziel ist es außerdem, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern und die Betrugsbekämpfung zu verbessern. Dazu soll die Steuererhebung jedoch nicht auf das Ursprungslandsprinzip umgestellt werden, wie dies zuvor diskutiert worden war. Es soll beim Bestimmungslandsprinzip bleiben. Die Vorschläge müssen jetzt im Rat diskutiert werden.

Darlehensfazilität für KMU

(BJ) EU-Kommission und Europäische Investitionsbank legen eine neue [Darlehensfazilität](#) für kleine und mittlere Unternehmen auf. Ziel ist es, KMU den Zugang zu Bankkrediten zu erleichtern. Die Verwaltung liegt beim Europäischen Investitionsfonds.

Mehr Risikokapital und leichter Kreditzugang für KMU

(BJ) Die EU-Kommission hat am 7. Dezember 2011 einen Vorschlag für einen EU-Aktionsplan für kleine und mittlere Unternehmen vorgelegt. Vorgesehen ist u. a. eine Verordnung zur Festlegung einheitlicher Regeln für die Vermarktung von [Risikokapitalfonds](#). Der Vorschlag muss nun von Rat und Europäischem Parlament beraten werden.

Bericht CARS 21

(BJ) Die hochrangige Gruppe „[Cars 21](#)“ hat am 2. Dezember 2011 einen [Zwischenbericht](#) vorgelegt. Sie fordert darin weltweit gleiche Wettbewerbsbedingungen und Freihandelsabkommen, die einen vollständigen Zollabbau und die Beseitigung der nichttarifären Handelshemmnisse beinhalten. Außerdem wird die Begrenzung der Lärmemissionen von Fahrzeugen gefordert. Was die CO₂-Emissionen angeht, mahnt die Gruppe eine „angemessene“ Methode zur Bewertung von CO₂-Emissionen von Nutzfahrzeugen an sowie ein verbesser-

tes Messverfahren, das den tatsächlichen Fahrtrieb berücksichtigt.

Erweiterung

Beitrittsvertrag mit Kroatien unterzeichnet

(MH) Am 9. Dezember 2011 haben die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten, der kroatische Staatspräsident Josipovic sowie Ministerpräsidentin Kosor am Rande des Europäischen [Gipfels](#) in Brüssel den [Beitrittsvertrag](#) unterzeichnet. Der Vertrag muss noch von Kroatien und den anderen Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Das Europäische Parlament hatte bereits am 1. Dezember 2011 mit überwältigender Mehrheit [zugestimmt](#). Die Abgeordneten forderten aber die kroatische Regierung auf, bei der Justizreform und im Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen konsequenter vorzugehen. Am 1. Juli 2013 könnte Kroatien das 28. Mitgliedsland der EU werden.

Bulgarien und Rumänien zu „Schengen“

(BJ) Bulgarien und Rumänien können dem Schengen-Raum [beitreten](#). Der Europäische Rat stellte am 9. Dezember 2011 fest, dass Rumänien und Bulgarien sämtliche Bedingungen erfüllt haben. Nun muss noch ein offizieller Beschluss gefasst werden.

Beschäftigung

EU-Beschäftigungspolitik positiv für Deutschland

(WB) Laut Eurobarometer-[Umfrage](#) vom 29. November 2011 sind 63% der befragten Deutschen der Ansicht, dass die europäische Beschäftigungspolitik positive Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt habe. 69% sind aber der Meinung, dass nicht genug unternommen werde, um die Armut in Deutschland zu bekämpfen. In anderen Mitgliedstaaten meinen sogar 75% der Befragten, dass in ihrem Land nicht genug gegen Armut unternommen werde. Mehr als ein Drittel der erwerbstätigen Bürgerinnen und Bürger in Europa sorgt sich um ihren Arbeitsplatz. Im Vergleich zu 2009 vertrauen aber 2011 wieder mehr Menschen darauf, dass sie ihre Arbeit behalten.

Euroraum: Arbeitslosenquote bei 10,3%

(WB) Im Euroraum lag die saisonbereinigte [Arbeitslosenquote](#) im Oktober 2011 bei 10,3%, gegenüber 10,2% im September. Im Oktober 2010

hatte sie 10,1% betragen. In der EU lag die Arbeitslosenquote im Oktober 2011 bei 9,8%, gegenüber 9,7% im September. Im Oktober 2010 hatte sie 9,6% betragen.

EU-Regelung zu Leiharbeit in Kraft

(WB) Seit dem 5. Dezember 2011 muss die [EU-Richtlinie](#) über Leiharbeit in allen Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt sein. Die Regelung sieht vor, dass Leiharbeiter gegenüber unmittelbar eingestellten Arbeitnehmern des entleihenden Unternehmens nicht benachteiligt werden dürfen. Beschäftigungskommissar Andor sagte, dass nun mehr als drei Millionen Zeitarbeiter in Europa von der gleichen Behandlung bei Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen profitieren werden, sofern die nationalen Sozialpartner nicht anders entschieden haben. Die neuen Regeln werden die Arbeitsbedingungen für Zeitarbeiter in der EU verbessern, so Andor.

Beschäftigung und gesellschaftliche Entwicklung

(WB) Am 15. Dezember 2011 hat der zuständige EU-Kommissar Andor den [Bericht](#) zu „Beschäftigung und gesellschaftlichen Entwicklung in Europa“ vorgestellt. Darin wird u. a. herausgestellt, dass im Zuge der Haushaltskonsolidierung und angesichts der aktuellen düsteren Wirtschaftsprognosen eine Mischung aus Beschäftigung und sozialpolitischen Maßnahmen wichtig sei, um eine langfristige Erholung auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen.

Soziales und Chancengleichheit

EPSCO: Wenig Fortschritte

(WB) Beim [Rat](#) der EU-Arbeitsminister konnte am 1. Dezember 2011 keine Einigung über die [Verlängerung](#) der Krisenmaßnahmen des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) über den 31. Dezember hinaus bis 31. Dezember 2013 erzielt werden. Diese sahen eine Absenkung des Schwellenwertes von 1.000 Entlassenen auf 500, eine Verlängerung der Förderdauer von 12 auf 24 Monate und eine Erhöhung des EU-Kofinanzierungsanteils von 50 auf 65% vor.

Eine Verlängerung des [Mutterschaftsurlaubs](#) bei voller Lohnfortzahlung (auch bei weniger als vom Europäischen Parlament geforderten 20 Wochen) ließ sich ebenfalls nicht durchsetzen.

Bei der [Antidiskriminierungsrichtlinie](#) bedürfe es laut dem polnischen Vorsitzenden des EU-Arbeitsministerrates eindeutig weiterer intensiver Beratungen über den Vorschlag, die ab Januar unter dänischer Präsidentschaft fortgeführt werden sollen.

Mit Hinweis auf den Jahresbericht 2010 der Kommission über die Fortschritte bei der [Gleichstellung](#) von Frauen und Männern schlussfolgerten die EU-Sozialminister, dass die bislang gemachten Fortschritte gering seien. Die Ministerinnen und Minister riefen daher zu verstärkten Bemühungen um eine bessere Vereinbarkeit auf, um Frauen wie Männer in allen Lebensphasen zu entlasten. Es sei dabei zu berücksichtigen, dass u. a. die Verfügbarkeit hochwertiger Betreuungsleistungen eine wichtige Voraussetzung für die Erreichung der Chancengleichheit für Frauen und Männer darstelle.

„Seniorenwirtschaft“: Chance für Arbeitsmarkt und Sozialdienstleistungen

(WB) Die zunehmende Nachfrage älterer Menschen nach speziellen, auf sie zugeschnittenen Waren und Dienstleistungen beinhaltet Wachstumspotenzial, so die [Schlussfolgerungen](#) des Rats für Beschäftigung vom 1. Dezember 2011. Der Rat ersucht die Mitgliedstaaten und Sozialpartner, ältere Menschen besser zu fördern, um das Potenzial voll abschöpfen zu können. Die Ministerinnen und Minister sprachen sich zudem für die Anhebung des Renteneintrittsalters aus, insbesondere durch Wegfall von Anreizen für den Vorruhestand.

Koordinierung der Systeme für Selbständige und Flugpersonal

(WB) Der [Sozialministerrat](#) erzielte am 1. Dezember 2011 eine Einigung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit für Arbeitslose, die früher als Selbständige Grenzgänger waren und im Tätigkeitsland gegen Arbeitslosigkeit versichert waren. Wenn diese keine Ansprüche auf Leistungen im Wohnsitzland haben soll nun das Land der letzten Tätigkeit Beiträge leisten. Außerdem wird das Kriterium der Heimatbasis für Flugpersonal geklärt. Dies ist der Ort von dem aus das Personal üblicherweise seinen Dienst antritt. Die Einigung muss noch vom Parlament bestätigt werden.



Berichtigungshaushalt für Sozialfonds- und Forschungsprojekte

(WB) Das Europäische [Parlament](#) nahm am 1. Dezember 2011, nach Zustimmung des Rats (30. November 2011), eine Einigung zum zusätzlichen Finanzbedarf für 2011 an. Der Zuschuss war not-

wendig geworden, da die Kommission die Rechnungen in manchen Politikbereichen nicht mehr zahlen konnte. Neben Verschiebungen zwischen den Haushaltslinien werden 200 Mio. Euro zusätzlich in den Haushalt aufgenommen, sodass Zahlungen an Sozialfonds- und Forschungsprojekte wieder überwiesen werden können.

Salzburg: behindertenfreundliche Stadt ausgezeichnet

(WB) Am 1. Dezember 2011 erhielt die österreichische Stadt den jährlich vergebenen europäischen Preis „Access City Award 2012“ für besonders gute Zugänglichkeit für und Gleichberechtigung von Behinderten.

Neue Maßnahmen zur Finanzierung von Sozialunternehmen

(WB) Die Europäische Kommission hat am 7. Dezember 2011 einen [Verordnungsvorschlag](#) mit neuen Maßnahmen zur Finanzierung von Sozialunternehmen vorgelegt. Ein Kernpunkt ist u. a. die Einführung eines anerkannten EU-Siegels „Fonds für Soziale Unternehmen“. Hintergrund für die Initiative der Kommission ist, dass, obwohl solche Unternehmen oft auch öffentliche Mittel erhielten, private Investitionen über Fonds, die in soziales Unternehmertum investieren, unverzichtbar seien.

Sozioökonomische Situation im Ausland Geborener

(WB) Im Jahr 2010 betrug laut [Eurostat](#) der Anteil der im Ausland geborenen Personen an der EU-Bevölkerung 9,4%. Ihre sozioökonomische Situation war in der Regel weniger günstig als für im Inland geborene Personen. Im Jahr 2008 war zum Beispiel die Arbeitslosenquote der im Ausland geborenen Personen im Alter von 25-54 Jahren höher als die Quote der im Inland geborenen Personen derselben Altersgruppe; besonders groß ist der Unterschied beispielsweise in Belgien (14% für im Ausland geborene Personen gegenüber 5% für im Inland geborene Personen) und Deutschland (12% und 6%). Im Hinblick auf die Beschäftigung verzeichneten im Ausland geborene Personen im Alter von 25-54 Jahren im Jahr 2008 eine deutlich höhere Überqualifizierungsquote als im Inland geborene Personen.

Zahlungen aus EGF an Arbeitslose in Deutschland, Dänemark und Portugal

(WB) Die EU-Kommission hat am 7. Dezember 2011 insgesamt 9,6 Mio. Euro für 1.783 Entlassene in Dänemark, Deutschland und Portugal [bewilligt](#). Davon entfallen 4,3 Mio. Euro auf 778 Arbeitnehmer, die in fünf deutschen Automobilzuliefer-

betrieben entlassen worden sind. Dem muss noch das Parlament zustimmen.

Tagung des Europäischen Behindertenforums

(WB) Die Präsidenten der Institutionen der Europäischen Union Barroso (Europäische Kommission), Buzek (Europäisches Parlament) und van



Rompuy (Europäischer Rat) sowie Kommissions-Vizepräsidentin und EU-Justizkommissarin Reding kamen am 6. Dezember 2011 erstmals mit Vertretern des Europäischen Behindertenforums [zusammen](#), um Fragen im Zusammenhang mit den geschätzten 80 Millionen Europäern mit Behinderungen zu

erörtern.

Gesundheit

Gegen grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen

(WB) Die EU-Kommission hat am 8. Dezember 2011 [Maßnahmen](#) zur verbesserten der Koordinierung auf EU-Ebene vorgeschlagen. Die wichtigsten Elemente sind: (a) Ausweitung des derzeitigen Koordinationsmechanismus für übertragbare Krankheiten auf alle Gesundheitsbedrohungen; (b) Stärkung des Mandats des Gesundheitssicherheitsausschusses; (c) Verbesserung der Krisenbereitschaft; (d) Schaffung der Möglichkeit zur Feststellung einer europäischen „Gesundheitskrisenlage“ und (e) Einigung auf europaweite grenzüberschreitende Notfallmaßnahmen, wenn eine Krise zahlreiche Todesfälle verursacht und nationale Maßnahmen die Ausbreitung nicht eindämmen können. Dem Vorschlag müssen noch Rat und EP zustimmen.

Ergänzendes Schutzzertifikat für Kinderarzneimittel

(WB) Der [EuGH](#) entschied auf Vorlage des deutschen Bundespatentgerichts, dass ein ergänzendes Schutzzertifikat für Arzneimittel erteilt werden kann, wenn der Zeitraum zwischen der Einreichung der Anmeldung für das Grundpatent und dem Zeitpunkt der ersten Genehmigung für das Inverkehrbringen in der Europäischen Gemeinschaft kürzer als fünf Jahre ist.

EPSCO zu Gesundheitsfragen

(WB) Der Rat der Gesundheitsministerinnen und -minister hat in seinen Schlussfolgerungen am 2. Dezember 2011 darauf hingewiesen, dass Asthma und allergische Rhinitis zu den häufigsten

[Atemwegserkrankungen](#) bei Kindern gehören. Die öffentliche Aufmerksamkeit soll gestärkt und ein Austausch über Beispiele für gute Praxis gefördert werden. Forschungseinrichtungen seien besser zu vernetzen. Ursachen wie etwa Belastung durch Einatmung von Stoffen und Partikeln aus der Umgebungsluft (Tabakrauch, schlechte Qualität der Raumluft und Luftverschmutzung) müssten angegangen werden.

Ebenfalls laut den Schlussfolgerungen sollten [Kommunikationsstörungen](#) bei Kindern mit Hilfe von sog. Screeningverfahren so früh wie möglich erfasst werden. Spätestens beim Schuleintritt müsse das Problem erkannt werden, um eine Beeinträchtigung der Sprachentwicklung und der kognitiven Fähigkeiten der Kinder abzuwenden oder zu vermindern.

Außerdem stellte der Rat für Gesundheit fest, dass der Begriff "[Gesundheitsgefälle](#)" Unterschiede in der Bevölkerung in Bezug auf die vorzeitige Sterblichkeit, die Morbidität und Behinderungen sowohl zwischen den Mitgliedstaaten als auch innerhalb der Mitgliedstaaten sowie zwischen den Regionen der EU bezeichnet. Diese seien zum Teil auf die am weitesten verbreiteten ungesunden Lebensweisen zurückzuführen, die wiederum häufig mit sozialen Determinanten zusammenhängen. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, ihre Strategien zur Förderung einer gesunden Lebensweise und zur Bekämpfung der sozialen Determinanten weiter zu verfolgen, um das Gefälle in der EU abzubauen.

EP fordert wirksame Reaktion auf HIV/Aids

(WB) In einer [Entschließung](#) vom 1. Dezember 2011 fordert das Europäische Parlament (EP) die EU-Kommission und den Rat auf, die Mitteilung über die „Bekämpfung von HIV/Aids in der Europäischen Union und in den Nachbarländern (2009-2013)“ und den dazu gehörigen Aktionsplan umzusetzen.

Umwelt und Naturschutz

Unbefriedigender Verlauf der UN-Klimakonferenz

(AF) Die [UN-Klimakonferenz](#) in Durban ist trotz [ambitionierter](#) Verhandlungen seitens der EU lediglich mit der Vereinbarung der Teilnehmer zu Ende gegangen, dass man von 2012 bis 2015 ein Klimaabkommen aushandeln wolle, das dann ab 2020 gültig sein könnte. Außerdem wird das Kyoto-Protokoll vorerst fortgeschrieben, woran allerdings Russland, Japan und Kanada nicht mehr teilnehmen. Für Schwellenländer gilt es ohnehin nicht. Daran, dass wenigstens dies erreicht wurde, hat die EU erheblichen Anteil. Mit einer [Vereinbarung](#) zwischen EU und (insbesondere afrika-

nischen) Entwicklungsländern sowie kleinen Inselstaaten wurde der Druck auf alle Verhandlungspartner erhöht.

Naturschutzförderung LIFE 2014-2020

(AF) Die EU-Kommission hat ihren [Vorschlag](#) für die Finanzierung von Naturschutz- und Klimaprojekten im Rahmen des LIFE-Programms im Zeitraum 2014 bis 2020 vorgestellt. Für das Programm stehen insgesamt 3,2 Mrd. Euro zur Verfügung, das sind rund 460 Mio. Euro jährlich bzw. 0,3% des gesamten EU-Haushalts. Naturschutzprojekte werden aus LIFE bereits seit langer Zeit finanziert. Die Einbeziehung von Klimaschutzprojekten ist hingegen neu. Thüringen hat bislang mit einer Vielzahl Projekte erheblich vom Programm profitiert.

Umweltfolgen der EU-Biotreibstoffpolitik

(AF) Die [Studie](#) „Assessing the Land Use Change Consequences of European Biofuels Policies“ des International Food Policy Research Institute (IFPRI) kommt zu dem Schluss, dass die EU-Biotreibstoffpolitik entgegen anderslautender Auffassungen erhebliche problematische Landnutzungsänderungen und zudem Steigerungen der Treibhausgasproduktion bewirkt. Die Effekte der EU-Klimapolitik würden somit verringert.

Vorschlag zur Senkung des Fahrzeumlärms



(AF) Der von Straßenfahrzeugen ausgehende Lärm soll um 25% verringert werden. Die EU-Kommission hat hierzu einen [Vorschlag](#) vorgelegt. Betroffen sind LKW, PKW, Busse und kleine Nutzfahrzeuge (Lieferwagen). Zwei Jahre nach Inkrafttreten soll der Lärm bei LKW um 1 dB(A), ein Jahr später um 2 dB(A) verringert werden. Das Gegenteil ist für Elektro- und Hybridfahrzeuge vorgesehen: Diese sollen eine – wenngleich nicht störende – Geräuschkulisse erzeugen, da die sonst lautlosen Fahrzeuge von anderen Verkehrsteilnehmern nicht wahrgenommen würden und dies Unfälle provoziere. Die Einhaltung der Geräuschgrenzwerte soll mit neuen Prüfverfahren überwacht werden.

Lärmschutz an Flughäfen

(AF) Im Rahmen ihres „Flughafen-Pakets“ hat die EU-Kommission auch einen [Regelungsvorschlag](#) für mehr Transparenz beim Lärmschutz vorgelegt. Dabei sollten die Entscheidungsprozesse stärker im Fokus stehen als bisher. Die EU-Kommission erhalte hiernach eine Kontrollbefugnis zur Durch-

setzung lärmbedingter Betriebsbeschränkungen, wie sie der Vorschlag enthält. Betroffen sind allerdings nur Flughäfen mit mehr als 50.000 Flugbewegungen jährlich. Entschieden wird über die Vorschläge jedoch nicht vor Ende 2013.

Verbesserung des Kormoran-Managements

(AF) Die EU-Kommission hat eine neue [Homepage](#) zum Kormoran-Management frei geschaltet. Der Nahrungsbedarf der Kormorane und dessen Folgen für die Fischerei sorgten in den vergangenen Jahren für Zündstoff zwischen Umweltorganisationen und Fischzüchtern.

EU und Zentralafrika gegen illegalen Holzeinschlag

(AF) Die EU hat mit einem weiteren Tropenstaat ein [Abkommen](#) zur Eindämmung des Handels mit illegalem Holz geschlossen. Vertreter der EU und der Zentralafrikanischen Republik vereinbarten, dass die in der EU gültigen Verbote und Beschränkungen des Handels mit Holz auch in der Zentralafrikanischen Republik Anwendung finden. Zuletzt war im Sommer 2011 ein ähnliches Abkommen mit Liberia geschlossen worden.

Lagerung von Quecksilber-Abfällen

(AF) Der Rat hat eine [Änderung](#) der EU-Deponierichtlinie angenommen. Diese bezieht sich auf die Lagerung von Quecksilber-Abfällen. Geändert werden u. a. Regeln zur Abfalltrennung, zur Beschaffenheit von Sammelbecken für Quecksilber-Abfälle, zu baulichen Vorrichtungen und zur Bodenbeschaffenheit.

Zukunft des EU-Fischereifonds

(AF) Die EU-Kommission hat nunmehr auch [Vorschläge](#) für die Zukunft des Fischereifonds nach 2014 vorgelegt. Er soll dann Fonds für EU-Meeres- und Fischerei-Politik heißen. Von 2014 bis 2020 sollen dafür 6,5 Mrd. Euro bereit stehen. Begünstigte sind Fischer und Fischereifamilien, Inhaber von Aquakulturen, Gastronomie, Fremdenverkehr sowie fischereibezogene und fischereinahe Verarbeiter.

Bürgermeisterkonvent für grüne Städte

(AF) Städte haben im Kampf gegen den Klimawandel sowie bei der Umsetzung von Anpassungsstrategien an den Klimawandel eine entscheidende Rolle, da ein immer größerer Anteil der Europäer in Städten lebt und hier der größte Teil der Treibhausgas-Emissionen entsteht. Auf dem Konvent der Bürgermeister hat EU-Umweltkommissar Janez Potočnik die Bedeutung von Kli-

maschutzmaßnahmen auf Kommunalebene unterstrichen und [betont](#), dass Ressourceneffizienz und gute, gesunde Umweltbedingungen nicht nur die Lebens- und Standortqualität in Städten erheblich verbessern, sondern auch notwendiger Teil der Maßnahmen zur Umsetzung der Europa 2020-Strategie sind.

Landwirtschaft und Ländlicher Raum

Exportunterstützung für Agrarprodukte

(AF) Die EU hat 20 Programme zur Stärkung des Absatzes von Agrarprodukten in Drittländer [gebilligt](#). Die EU beteiligt sich an diesen Programmen mit gut 30 Mio. Euro, was einem Kofinanzierungssatz von 50% entspricht. Gefördert wird nicht nur der Verkauf von Lebensmitteln, sondern auch deren Präsentation auf Messen sowie Kampagnen für bestimmte Produktgruppen, zum Beispiel geschützte Ursprungsbezeichnungen (g.U.), geschützte geographische Angaben (g.g.A.) und garantiert traditionelle Spezialitäten (g.t.S.).

Verbraucherschutz

Sicheres Spielzeug unterm Weihnachtsbaum

(AF) Die EU-Kommission hat zum bevorstehenden Weihnachtsfest eine [Kampagne](#) für mehr Spielzeugsicherheit gestartet. Sie verweist auf



Kennzeichnungen und Warnhinweise auf der Ware, auf die Risiken von Internet-Käufen, auf verschluckbare Kleinteile und darauf, dass das Spielzeug altersgerecht sein sollte. Auch

ein Fernsehspot ist Teil der Kampagne. Die EU-Spielzeug-Richtlinie war kürzlich erneut verschärft worden.

Faire Geschäftsbeziehungen in der Lebensmittel-Kette

(AF) Das „Hochrangige Forum für die Verbesserung der Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette“ hat seinen [Halbzeitbericht](#) vorgestellt. Insbesondere werden die von 11 Branchenorganisationen vereinbarten Grundsätze für vorbildliche Verfahren begrüßt. Damit sei es möglich, besser gegen unlautere Geschäftspraktiken vorzugehen. EU-Agrarkommissar Ciolos wies bei der Vorstellung des Berichts aber ausdrücklich darauf hin, dass es nun auch besserer Um- und Durchset-

zungsinstrumente bedarf. Vorschläge hierzu werde die EU-Kommission bis Juni 2012 vorlegen.

Agrarprodukte-Vermarktung

(AF) EU-Agrarkommissar Ciolos hat eine [Auswertung](#) der öffentlichen Konsultation zum Grünbuch über die Vermarktung von Agrarprodukten vorgestellt. Besonderer Wert werde auf Frische, kurze Vertriebsketten, Direktvermarktung, Teilhabe an der ländlichen Wirtschaft, vertretbare Preisgestaltung und Sicherheitsnetze für den Krisenfall gelegt.

Angaben auf Lebensmitteln

(AF) Die EU-Kommission ist mit den EU-Mitgliedstaaten [überein](#) gekommen, aus etwa 500 bei der EU-Lebensmittelbehörde EFSA beantragten „gesundheitsbezogenen Angaben“ auf Lebensmitteln etwa 240 zulässige Angaben auszuwählen. Noch keine Einigkeit wurde bei pflanzlichen Stoffen, so genannten „Botanicals“ erreicht.

Aus drei neuen EU-Verordnungen ((EU) [1160](#), [1170](#), [1171](#)) geht hervor, dass eine Reihe von Werbeversprechen auf Lebensmitteln unzulässig ist. Nicht gestattet sind z. B. Angaben, dass Sojaproteine den Cholesterinspiegel senken. Über Hafer-Beta-Glucan darf diese Aussage hingegen getroffen werden.

Schulungen für Lebensmittel-Kontrollure

(AF) Seit 2006 [bietet](#) die EU-Kommission Schulungen zur Lebensmittelsicherheit an, die derzeit 25 Programme umfassen. Fast 30.000 Experten aus 180 Ländern haben inzwischen daran teilgenommen. Zielgruppe der Schulungen sind insbesondere amtliche Kontrollure für Lebens- und Futtermittelrecht, Tierschutz sowie Tier- und Pflanzengesundheit.

Haustierfutter-Etikettierung

(AF) Für die Etikettierung von Haustierfutter gibt es einen neuen europäischen [Verhaltenskodex](#). Auf der Basis der EU-Anforderungen an Haustierfutter legte der Verband der EU-Hersteller von Haustierfutter Regeln fest, nach denen Verbraucher EU-weit davon ausgehen dürfen, dass sie anhand der Etikettierung des Futters das beste Futter für ihr Tier finden. Die EU-Kommission hat den vom Verband bereits im Oktober vorgelegten Vorschlag nunmehr als Empfehlung übernommen.



Alternative Streitbeilegung

(MH) Streitigkeiten zwischen Verbrauchern und Unternehmen sollen in Zukunft schneller gelöst

werden. Die EU-Kommission hat am 29. November 2011 einen [Richtlinienentwurf](#) über alternative Streitbeilegung vorgelegt. Diese soll gewährleisten, dass für alle vertraglichen Streitigkeiten zwischen einem Verbraucher und einem Unternehmen außergerichtliche Streitbeilegungsstellen zur Verfügung stehen. Zudem wird eine EU-weite Online-Plattform geschaffen. Die Streitigkeiten sollen binnen 90 Tagen geregelt werden.

Kultur

Europäischer Buchpreis an Maxim Leo

(AZ) Maxim Leo, Autor und Journalist bei der Berliner Zeitung, nahm am 7. Dezember 2011 den Europäischen Buchpreis für seinen Roman „Haltet Euer Herz bereit“ entgegen, der ihm vom EU-Kommissionspräsidenten Barroso in Brüssel übergeben wurde.

Medien und Informationsgesellschaft

MEDIA-Filmförderung fühlt sich bestätigt

(AS) Nachdem bei der Preisvergabe der Europäischen Filmakademie für den europäischen Filmpreis in Berlin am 3. Dezember 2011 sechs MEDIA-geförderte europäische Filme Preise einheimen konnten, war bei EU-Kulturkommissarin Vassiliou die Freude groß und sie bezeichnete den Erfolg als Beweis für die Kreativität eines lebendigen Europas. Mit über 7,5 Mio. Euro wurden 17 von 24 für die Filmpreise nominierten Filmen aus dem MEDIA-Programm hauptsächlich in Hinblick auf den Vertrieb unterstützt.

Auch in der Zukunft soll die Filmkultur gefördert werden: Im Budgetvorschlag der Kommission sind im Zeitraum zwischen 2014 bis 2020 im Rahmen des neuen EU-Programms [Kreatives Europa](#) 900 Mio. Euro für die Kino- und Medienbranche veranschlagt.

Forschung, Wissenschaft, Technologie

Neuer Neurochirurgie-Roboter dank EU-Förderung

(WB) Mit Mitteln aus der [EU-Förderung](#) ist Forschern aus Deutschland, Italien, Israel und dem Vereinigten Königreich ein Durchbruch in der robotergesteuerten Neurochirurgie gelungen. Im Rahmen des ROBOCAST-Projekts wurde ein neuer Robotertyp entwickelt, der den Chirurgen zwei wichtige Vorteile verschafft: Er verfügt über 13 Bewegungsarten – die menschliche Hand hat nur vier. Außerdem kann er den Chirurgen Hin-

weise geben, anhand derer sie das Gewebe bewerten und erkennen können, welche Kraft bei der Operation angewandt wird.

Neue Innovationszentren für EIT

(AZ) Die EU-Kommission verabschiedete einen [Vorschlag](#) für das zukünftige Arbeitsprogramm des Europäischen Innovations- und Technologieinstitut ([EIT](#)). Vorgesehen sind für die Periode 2014 bis 2020 u. a. der Aufbau von 6 neuen, grenzübergreifenden Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KICs), die ein innovatives Konzept grenzübergreifender öffentlich-privater Partnerschaften darstellen. Insgesamt ist für das EIT ein Budget in Höhe von 2,8 Mrd. Euro vorgesehen.

Wettbewerbsfähigkeitsrat

(AZ) Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit legte am 6. Dezember 2011 seine [Schlussfolgerungen](#) zu Partnerschaften im Bereich Forschung und Innovation vor. Es seien Vorteile von Instrumenten für Partnerschaften zwischen öffentlichen Stellen bzw. zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor zu sehen und das Partnerschaftskonzept könne in geeigneten Bereichen dabei behilflich sein, private und öffentliche Mittel zu erschließen. Außerdem nahm der Rat [Schlussfolgerungen](#) an zur gemeinsamen Planung der Forschung in den Bereichen "Intakte und fruchtbare Meere und Ozeane", "Das städtische Europa", "Vernetzung des Klimawissens für Europa", "Die Problematik des Wassers in einer Welt im Wandel" und "Die mikrobielle Herausforderung".

Innovationsunion

(AZ) EU-Kommissionspräsident Barroso und Forschungskommissarin Geoghegan-Quinn eröffneten am 5. Dezember 2011 die erste [Konferenz](#) "Innovation Convention" in Brüssel. Ziel der Konferenz war es, durch Vorträge, Diskussionsrunden und Vernetzung der Teilnehmer einen Austausch über alle Aspekte des Themas Innovation anzustoßen.

Während der Konferenz wurde die Heidelberger Biochemikerin und Mitbegründerin des Unternehmens Cellzome Dr. Gitte Neubauer mit dem [Innovationspreis](#) für Frauen ausgezeichnet.

Justiz und Inneres

Asylpolitik: Mehr Verantwortung

(MH) Die EU-Kommission fordert mehr Solidarität in der Asylpolitik. In einer [Mitteilung](#) vom 2. Dezember 2011 hat sie darauf hingewiesen, dass im ersten Halbjahr 2011 über 75% aller Asylanträge

in nur sechs Mitgliedstaaten (u. a. Deutschland) gestellt wurden. Viele Mitgliedstaaten könnten daher einen weitaus größeren Teil der Verantwortung übernehmen. Vorgeschlagen wird u. a. die Aufwertung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) sowie eine Aufstockung und flexiblere Verwendung der bereitgestellten Mittel. Ferner soll die Koordinierung zwischen EU-Agenturen wie Frontex, Europol und der Grundrechte-Agentur verbessert werden.

Rechtsprechung

Präzisierung zur Rückführungsrichtlinie

(MH) Der [EuGH](#) hat in einem Urteil vom 6. Dezember 2011 (C-329/11) seine Rechtsprechung zur so genannten Rückführungsrichtlinie präzisiert. Diese steht nationalen Vorschriften entgegen, nach denen gegen sich illegal aufhaltende Drittstaatsangehörige während des Rückkehrverfahrens eine Freiheitsstrafe wegen illegalen Aufenthaltes verhängt werden kann.

Ausweisungsschutz von türkischen Straftätern

(MH) Am 8. Dezember 2011 hat der [EuGH](#) [entschieden](#) (C 371/08), dass die für Unionsbürger geltenden Regelungen des Ausweisungsschutzes nicht auf türkische Staatsangehörige angewandt werden können. Eine Ausweisung ist möglich, sofern das persönliche Verhalten des Betroffenen gegenwärtig eine tatsächliche und hinreichende Gefahr für ein Grundinteresse der Gesellschaft im Mitgliedstaat darstellt und die Maßnahme für die Wahrung der Interessen unerlässlich ist.

Urheberrechtlicher Schutz für Porträtfotografien

(MH) Der [EuGH](#) hat am 1. Dezember 2011 [entschieden](#) (C 145/10), dass eine Porträtfotografie denselben urheberrechtlichen Schutz wie jedes andere Werk genießt. Die Medien dürfen eine solche Fotografie jedoch ohne Zustimmung ihres Urhebers veröffentlichen, wenn die Veröffentlichung im Rahmen kriminalpolizeilicher Ermittlungen der Polizei helfen soll, eine vermisste Person wiederzufinden. Im Ausgangsfall handelte es sich um die Wiedergabe von Fahndungsbildern von Natascha Kampusch in mehreren Tageszeitungen. Geklagt hatte die Fotografin.

Konsultationen

Drogenbekämpfungspolitik

(MH) Nach ihrer am 25. Oktober 2011 angenommenen Mitteilung über eine entschlossene euro-

päische Reaktion auf das Drogenproblem hat die EU-Kommission jetzt Organisationen und Einzelpersonen zur [Beteiligung](#) aufgerufen. Bis zum 20. Januar 2012 kann jeder, der ein Interesse an dem Thema hat, die Fragen auf der Homepage der Kommission beantworten.

Illegaler Handel mit Kulturgütern

(MH) Die EU-Kommission will dem illegalen Handel mit Kulturgütern einen Riegel vorschieben und dazu die Gesetze verschärfen. In einer öffentlichen [Konsultation](#) bittet sie bis 5. März 2012 um Vorschläge für einen besseren Schutz und eine erleichterte Rückgabe von Kulturgütern.

Humanarzneimittel: anwendbarer Rechtsrahmen

(WB) Für einen Durchführungsrechtsakt zu den Vorschriften für die Beurteilung des für die Herstellung aktiver Substanzen von Humanarzneimitteln anwendbaren Rechtsrahmens erbittet die EU-Kommission die [Beteiligung](#) Interessierter bis 23. März 2012.

Projektpartnersuche

CO₂-Zertifizierung von Restaurant-Ketten

(AF) Mit CO₂-Labelling, also klimagerechter Zertifizierung von Restaurant-Ketten, befasst sich ein [Projekt](#) von Christian Rohrbacher in Potsdam, für das er EU-weit Partner sucht. Erreichbarkeit: Hans-Sachs-Str. 40, 14471 Potsdam, Te. 0331-95130385.

CO₂-Zertifizierung von Datenverarbeitungszentren

(AF) Mit dem in großen Datenverarbeitungszentren anfallenden Kohlendioxid und dessen Reduzierungsmöglichkeiten befasst sich ein [Projekt](#) des Instituts von Dr. Otto Andersen, für das EU-weit Partner gesucht werden: P.O.Box 163, Sognahallen, 6851 Sogndal Sogn og Fjordane, Norwegen. Tel. 0047-07710928.

Ausschreibungen

Grundrechte und Unionsbürgerschaft

(MH) Die Europäische Kommission, GD Justiz, unterstützt [Projekte](#) im Bereich der Grundrechte und Unionsbürgerschaft. Gefördert werden

können z. B. Projekte im Bereich Kinderrechte, Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie und Datenschutz. Die Frist für die Bewerbung endet am 13. März 2012.

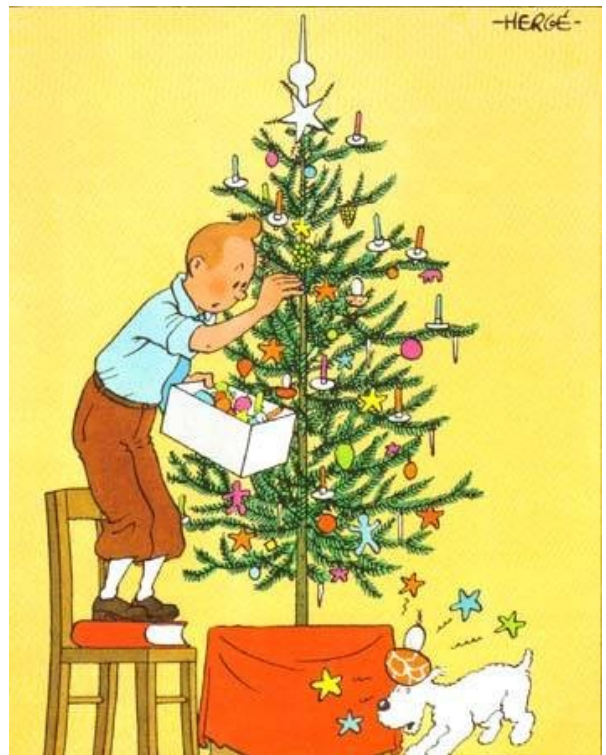
Vermischtes

Besuch aus Thüringen

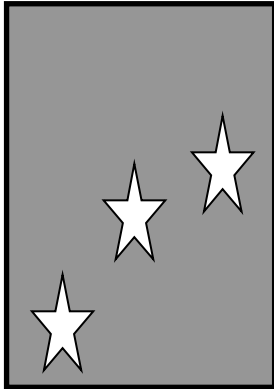


(YM) Am 13. Dezember 2011 informierte sich eine Studiengruppe unter der Leitung von Prof. Heiner Timmermann (Akademie Rosenhof e. V. Weimar) über die Aufgaben der Thüringer Landesvertretung bei der EU.

Zum Jahresende



Wir wünschen unseren Leser(inne)n schöne Feiertage und ein gutes Jahr 2012!



**Vertretung des
Freistaats Thüringen bei der
Europäischen Union**

111, rue Frédéric Pelletier
B-1030 Bruxelles

Tel.: 0032-2-737.52.60

Fax: 0032-2-736.53.79

E-Mail:
info@tlveu.thueringen.de

Internet:
www.thueringen-in-bruessel.de

IMPRESSUM

EU KOMP@KT ist eine vierzehntägliche Publikation der Vertretung des Freistaates Thüringen bei der EU. Die Informationen erfolgen ohne Gewähr für Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Für Schäden materieller oder ideeller Art, die sich aus der Verwendung der Informationen ergeben, wird keine Haftung übernommen.

Verantwortlich:

Christine Holeschovsky (CH), Leiterin der Vertretung
Zuständig für Grundsatzangelegenheiten der EU, Öffentlichkeitsarbeit,
AdR
christine.holeschovsky@tlveu.thueringen.de, Tel. 0032-2-737.52.42

Mitarbeiter:

Wolfgang Borde (WB)
Zuständig für Beschäftigung, Soziales und Gesundheit
wolfgang.borde@tlveu.thueringen.de, Tel. 0032-2-737.52.55

Arnd Fabian (AF)
Zuständig für Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
arnd.fabian@tlveu.thueringen.de, Tel. 0032-2-737.52.46

Meike Herz (MH)
Zuständig für Justiz und Inneres
meike.herz@tlveu.thueringen.de, Tel. 0032-2-737.52.41

Barbara Jäger (BJ)
Zuständig für Regionalpolitik, Wirtschaft und Finanzen
barbara.jaeger@tlveu.thueringen.de, Tel. 0032-2-737.52.44

Yvonne Marx (YM)
Zuständig für Redaktion
yvonne.marx@tlveu.thueringen.de, Tel. 0032-2-737.52.60

Andreas Spieß (AS)
Zuständig für Energie, Verkehr, Medien
andreas.spiess@tlveu.thueringen.de, Tel. 0032-2-737.52.43

Annelie Zapfe (AZ)
Zuständig für Forschung, Technologie, Bildung, Kultur
annelie.zapfe@tlveu.thueringen.de, Tel. 0032-2-737.52.64